

Eine Novellierung sehen alle als notwendig an

PODIUMSDISKUSSION Energie-Gesetz auf dem Prüfstand – Grenzen für Biogas



Diskutierten am Donnerstagabend in Hurrel über Gegenwart und Zukunft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes: (v. l.) Karl-Heinz Bley, Christian Dürr, Hans-Joachim Janssen, Axel Brammer, Oliver Gall, Jürgen Seeger und Helmut Braun. BILD: PETER BIEL

HURREL/CSC – Dass Änderungsbedarf an dem Gesetz besteht, war am Donnerstagabend allen klar. In diesem Punkt waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion zum Thema „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ in der Gaststätte Mehrings in Hurrel über die Parteilinien hinweg einig. Nur inwieweit das Gesetz überarbeitet werden muss, darüber debattierten auf Einladung der Huder FDP-Ratsfraktion unter Moderation von Oliver Gall die Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Bley (CDU), Christian Dürr (FDP) und Hans-Joachim Janssen (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der Unterbezirksvorsitzende der SPD, Axel Brammer, Kreislandwirt Jürgen Seeger und Helmut Braun, Sprecher der Landvolkverbände Hude. Ein Schwerpunkt der Diskussion lag dabei auf dem Umgang mit Biogasanlagen.

Axel Brammer trat dafür ein, keine Aufschläge für die

REGENERATIVE ENERGIEN FÖRDERN

Das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, kurz Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) genannt, soll den Ausbau von Energieversorgungsanlagen vorantreiben, die aus sich erneuernden (regenerativen) Quellen gespeist werden. Es dient vorrangig dem Klima-

schutz und soll die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern. Betreibern der zu fördernden Anlagen wird über einen bestimmten Zeitraum ein fester Vergütungssatz für den erzeugten Strom gewährt, um so einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen zu ermöglichen.

Einspeisung von bei der Biogasproduktion entstehender überschüssiger thermischer Energie zu zahlen. Vielmehr sollten die Vergütungen gekürzt werden, wenn keine „vernünftige thermische Nutzung“ nachgewiesen werden könne. Um Maismonokulturen zu verhindern, sprach sich der SPD-Politiker dafür aus, Landwirte, die sich aus der Fruchtfolge verabschiedeten, „von jeglicher Förde-

rung“ auszuschließen.

Die Befürchtung, dass der „grassierende Maisanbau“ weiter zunehmen könnte, trieb auch Hans-Joachim Janssen um. Der Grünen-Landtagsabgeordnete schlug vor, das EEG im Bereich Biogas verstärkt auf Anlagen auszurichten, bei denen auch die Wärme genutzt wird. Für die Energiepflanzen-Produktion sollten Standards festgelegt werden. Auch die Konkurrenz-

situation zwischen dem Anbau von Energiepflanzen und Nahrungsmitteln bedürfe einer Regelung. „Die Kommunen brauchen baurechtliche Instrumente, um die Dichte der Biogasanlagen zu begrenzen“, sagte Janssen.

Karl-Heinz Bley sprach sich wegen eben dieser Konkurrenz bei der Genehmigung neuer Anlagen für eine sorgfältige Abwägung von Seiten der Kommunen aus. „Die enorme Erhöhung der Pachtpreisentwicklung gibt Anlass zur Sorge für die Veredlungs-triebe“, so der CDU-Mann.

Auch Christian Dürr macht sich diese Sorgen. Seiner Meinung nach lohne es sich aber nicht, am EEG „herumzudoktern“. Die Probleme, die diskutiert würden, gäbe es ohne das EEG gar nicht. „Stattdessen sollte man die Förderung auf ganz neue Beine stellen“, forderte der FDP-Abgeordnete. Er nannte Emissionshandel oder Mengensteuerung als Alternativen.